

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 04/2021 ★ 29. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ April 2021

Otto Grotewohl auf dem Parteitag:
„Wer einen geschichtlichen Blick hat, der sieht Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden: Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.“

In EINS wün die Hände



„Wir haben keinen Ehrenkodex zu überreden, aber durch etwas: einen Rückdruck, der nicht nur für beide Bedeutung haben soll, sondern solange bis diese Hände sich nicht mehr trennen werden.“

OTTO GROTEWOHL

am 3.1.1946 im Vor-Dreidachen Staatsoper

Die sich verbauende organisatorische Einheit der beiden Arbeiterparteien schickte einen großen Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit an. Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse!

WILHELM PIECK

75 Jahre Vereinigung von KPD und SPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone

Nach den Jahren des faschistischen Regimes in Deutschland und nach dem von diesem angezettelten Zweiten Weltkrieg träumten 1945 viele Überlebende davon, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden, den Bruderkrieg zu beenden und damit die Ursache des Faschismus zu beseitigen, der schließlich zu diesem Krieg und dem Mord an Millionen Menschen geführt hatte.

Otto Grotewohl auf dem Parteitag: „Wer einen geschichtlichen Blick hat, der sieht Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden: Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.“

Daraus ergab sich die Verantwortung vor den Völkern der Welt, dass „niemals mehr eine Mutter ihren Sohn beweint“ und die „Völker nicht erbleichen „wie vor einer Mörderin“.

Die Einheit der Arbeiterklasse und die Verwirklichung ihrer Interessen bedeutete für die Nachbarn Deutschlands, für Europa und die Welt, dass der Frieden in sicheren Händen liegt. Frieden war jede Lebensäußerung des deutschen Staates, in dem die Hände der arbeitenden Menschen in eins waren.

Als dann „Einigkeit und Recht und Freiheit für“, nein nicht „das deutsche Vaterland“, sondern für die alten imperialistischen Unruhe-

stifter anbrach und es gelang, die Einheit der Hände in eine Einheit deutschnationaler Besessenheit umzuleiten, versiegte der Ruf nach Frieden, Freundschaft, Solidarität unter den Völkern bis auf die Kraft der jetzt Schwachen.

Die Partei der Einheit der Arbeiter und Bauern verschafft sich mit Mühe Gehör, wo doch ihre Mahnung im 80. Jahr des Überfalls auf den ersten Friedensstaat der Welt nicht laut genug sein könnte.

Deshalb hält es **Isor aktuell** für eine Ehrenpflicht, dieser Stimme Platz und Gehör zu verschaffen:

Appell des Ältestenrates der Partei „Die Linke“

An die Delegierten der 1. Tagung des 7. Parteitages

Der Ältestenrat hat sich mit einem Appell, aus Anlass des 80. Jahrestages des Überfalls des faschistischen Deutschlands über die Sowjetunion, am 22. Juni 1941, zu Wort gemeldet.

Wir bitten den Parteitag sich mit uns gemeinsam zu bekunden.

Appell für Frieden und Mahnung

Am 22. Juni 2021, jährt sich zum 80sten Mal, der Tag des Beginns des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion. Der bisher grausamste Krieg der Geschichte nahm seinen Anfang. Westeuropa war von faschistischen Truppen bereits besetzt. Aus einem Teil, bereits besetzter Gebiete, wie Ungarn und dem Baltikum wurden Truppen organisiert und eingegliedert.

Allein die Völker der Sowjetunion, haben über 27 Millionen Menschen zu beklagen und brauchten viele Jahre, um die gewaltigen Schäden des Krieges zu überwinden.

Als der Überfall begann, war von einer Bedrohung die Rede. In Wahrheit ging es um Öl im Kaukasus, um die Kornkammer in der Ukraine und vor allem um einen ideologischen Krieg, den der rassisch Überlegene gegen den russischen Untermenschen führen würde.

Es geht heute gewiss nicht um eine Gleichsetzung, aber um Nachdenklichkeit, wenn die

ehemalige Vorsitzende der CDU und amtierende Verteidigungsministerin, von Bedrohung in unserer Nachbarschaft spricht und dieser, in alter deutscher Tradition, aus einer Position der Stärke entgegentreten will. Die Gefahren aus Bedrohungsgereide und dem Aufmarsch von Truppen an Grenzen der Nachbarschaft, stehen jedoch jeglicher Vertrauensbildung im Weg.

Von Verhandlungen sprechen, nach Hochrüstung streben, um Stärke und Überlegenheit zu demonstrieren, steht allen Friedensbestrebungen und breiten Forderungen aus der Gesellschaft nach Abrüstung, auch im eigenen Land, entgegen.

Wenn eine russische Mutter am Grabe fragt: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“, liegt schon in der Frage nach den Schrecken des Krieges, die Antwort. Wenn ein russischer Soldat sich veranlasst sieht, die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin und heutige Präsidentin der Europäischen Union, Frau von der Leyen, aufzufordern, ihren Großvater zu befragen, wie es sich anfühlt aus einer Position der Stärke heraus mit den Russen zu sprechen – diese Frage sollte uns am 22. Juni 2021 an den Gräbern des Krieges, ob im Osten oder Westen, mit Nachdenklichkeit begleiten.

Wir unterstützen aus ganzem Herzen den Appell der 60 Persönlichkeiten, die zum Frieden und guter Nachbarschaft zwischen Deutschland und Russland aufgerufen haben.

Wir wenden uns in erster Linie an die gesamte Partei, um aus der Erinnerung Kräfte für den Frieden und nachbarschaftliche Verbundenheit zu gewinnen.

Dieser Appell sollte aber nicht nur dort gehört werden. Wir wenden uns an alle friedliebenden Menschen, um den Kriegstreibern und der Rüstung Einhalt zu gebieten.

Wir bitten alle Basisorganisationen, die Fraktionen von Gemeinden bis zum Bundestag, mit der Pflege der Gräber und der Ehrung am 22. Juni, ihre Achtung vor den gefallenen Soldaten der Roten Armee und den Toten, die von den deutschen Faschisten verschleppt wurden, zu bekunden.

Der 22. Juni 2021 soll ein Tag der Mahnung und der Entschlossenheit im Kampf gegen den Krieg, für den Frieden und einer friedlichen vertrauensvollen Partnerschaft mit Russland sein.

Ältestenrat beim Vorstand der Partei DIE LINKE

Aus der Arbeit des Vorstandes

Unter Einhaltung der Hygieneregeln traf sich der Vorstand nach langer Pause am 24.03.2021 erstmals wieder zu einer planmäßigen Sitzung.

*

Der Vorstand beschloss, die lt. Satzung im Jahr 2021 vorgesehene Vertreterkonferenz und die dazu vorbereitenden Wahlen in den TIG auf das Jahr 2022 zu verschieben.

*

Eine zentrale Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der ISOR soll ebenfalls nicht stattfinden. Stattdessen wird empfohlen – wenn es die epidemiologische Lage im Territorium und der Impfstatus der Mitglieder zulässt – dezentrale Veranstaltungen in den TIG bzw. gemeinsame Veranstaltungen von TIG auf regionaler Ebene aus Anlass des 30. Jahrestages der ISOR zu gestalten. Auf diesen Veranstaltungen sollen in würdiger Form verdiente Mitglieder der ISOR mit Ehrenmedaillen und alle ISOR-Mitglieder mit Ehrenurkunden ausgezeichnet werden.

*

Die Landesbeauftragten berichteten dem Vorstand über die Lage in den TIG. Sie hoben hervor, dass es trotz der in Pandemie-Zeiten eingeschränkten Möglichkeiten gelungen sei, den Kontakt unter den Mitgliedern aufrecht zu erhalten und dass sich **ISOR aktuell** als wertvolle Hilfe bei der Erhaltung und Festigung des Zusammenhaltes der Mitglieder erwiesen hat.

*

Der Vorstand bestätigte den Bericht des Schatzmeisters über die Entwicklung der ISOR-Finanzen im vergangenen Jahr und seinen Vorschlag für die Finanzplanung im Jahr 2021. Unverändert verfügt ISOR über ausreichende finanzielle Mittel, um auch auf längere Sicht die Aufgaben finanziell sicherzustellen.

*

Peter Ott informierte über das am Tag der Vorstandssitzung eingegangene schriftliche Urteil des Bundessozialgerichtes zur (Nicht-)Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen als rentenwirksame Leistungen. Eine Stellungnahme und Orientierung für die Mitglieder wird vorbereitet.

*

Nach den bisherigen Berechnungen der Rentenversicherung wird sich der aktuelle Rentenwert Ost zum 01.07.2021 nur um 0,7 Prozent erhöhen. Dies ist keine Rentenerhöhung aus der statistischen Lohnentwicklung des Jahres 2020. Hier greift die gesetzliche Verpflichtung der Rentenversicherung aus dem Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz vom 17. Juli 2017. Nach § 255 a des SGB VI steigt der aktuelle Rentenwert Ost im Verhältnis zum aktuellen Rentenwert von 97,2 Prozent am 01.07.2020 auf 97,9 Prozent am 01.07.2021.

Daraus resultiert die beabsichtigte Rentenerhöhung in den neuen Bundesländern um 0,7 Prozent zum 01.07.2021. Die langumstrittene Angleichung des aktuellen Rentenwertes soll bis 2024 abgeschlossen sein. Die rechtsverbindliche Entscheidung zu dieser Rentenerhöhung zum 01.07.2021 wird erst mit dem Beschluss der Bundesregierung getroffen.

*



Aus unseren TIG

„In den Bananenkisten des Westens schlummert das Wissen des Ostens“

Im Sommer vergangenen Jahres startete der Vorstand der TIG Dresden folgenden Aufruf:

„Ihr werdet vielleicht noch manchmal daran denken, dass wir vor fast sechs Jahren gemeinsam die „Peter-Sodann-Bibliothek“ in Staucha besuchten. Wir verbrachten eindrucksvolle Stunden, und viele Erinnerungen kamen hoch, als wir das ganze Spektrum dessen vor uns ausgebreitet sahen, was jemals in Verlagen der Deutschen Demokratischen Republik erschienen ist, gleichgültig ob Schulbücher, Kinderbücher, schöpferische und wissenschaftliche Literatur. Fast alles ist da, das auf dem Büchermarkt in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1990 gedruckt und verkauft wurde. Für das Vorhaben gab und gibt es Unterstützung und auch Gegenwind. Auch wenn der Elan noch so groß ist, ohne Geld geht es nicht. Erinnern wir uns: Als die DDR der Bundesrepublik beigetreten war, begann das große „Aufräumen“ und Wegwerfen. Platz wurde gebraucht für die neuen Bücher. Doch darum ging es nicht allein. Tausende und abertausende Bücher aus DDR-Verlagen, Bibliotheken, Schulen und Hochschulen wurden auf den Müll geworfen. Viele der Initiatoren und Akteure meinten sogar, sie auf dem „Müllhaufen der Geschichte“ zu entsorgen. Den Menschen im „Beitrittsgebiet“ sollte damit ihr Gedächtnis genommen werden. Doch auch Dank des unermüdlichen Einsatzes von Peter Sodann und seinen Helfern gelang das nicht. Es ist klar: Die Bibliothek muss erhalten und gepflegt werden. Sie ist Teil unserer Vergangenheit, und wir haben die Pflicht, sie für unsere Kinder und Kindeskinder zu erhalten. Diese Bibliothek wird auch in der Zukunft, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen auch

immer, über uns Auskunft geben können. Sie gehört zum unverzichtbaren humanistischen Erbe, dem wir uns verpflichtet fühlen. Wer in späterer Zeit etwas über unser Leben in der DDR erfahren möchte, wird hier fündig werden, gleich ob Leser, Wissenschaftler oder Journalist. Ende November des Jahres 2017 gründete sich die gemeinnützige Genossenschaft – Peter Sodann Bibliothek eG „... wider das Vergessen“. Dieser Schritt war wichtig zur Fortsetzung der Arbeit und für die Stabilisierung der finanziellen Basis.

Um unsere Interesse und unsere Unterstützung zu bekunden, rufen wir die Mitglieder und Freunde unserer TIG auf zu einer Spendenaktion zur finanziellen Unterstützung der gemeinnützigen Peter-Sodann-Bibliothek eG „... wider das Vergessen“, die Erhaltung dieses Erbes sollte auch uns Verpflichtung sein.“ So weit unser Aufruf.

Leider verzögerte die Corona-Pandemie unsere Aktion zeitlich, doch wir sind dankbar für die enorme Resonanz und die Spendenbereitschaft unserer Mitglieder und Freunde.

Die TIG Leipzig und unsere Partner-TIG Bautzen, Bischofswerda, Freital, Kamenz, Löbau, Meißen, Niesky und Riesa schlossen sich unserem Aufruf an. Im Namen des Vorstandes der TIG Dresden danke ich allen Spendern. Nicht die Spendensumme allein ist ausschlaggebend, sondern ebenso unsere gelebte Solidarität.

Am 26. Februar 2021 übergaben die Vorsitzenden der TIG Dresden Wolfgang Bohlke und der TIG Leipzig Gerald Böhm in unser aller Namen 8.053 Euro an Peter Sodann und an den Genossenschaftsvorsitzenden Bernd Pawłowski. Peter Sodann und Bernd Pawłowski sprachen ihren Dank und ihre Anerkennung für die übergebene Spende und für die

Anteilnahme unserer Solidargemeinschaft am Wirken der Genossenschaft aus. Sie brachten zum Ausdruck, dass unsere Spende eine echte Unterstützung und Hilfe für die Arbeit der Genossenschaft ist.

Wir konnten uns bei einem Rundgang durch die Räume der Bibliothek und des Lagers von der Vielfältigkeit der Arbeit und dem großen Engagement der größtenteils ehrenamtlichen Helfer, das „Gedächtnis“ der DDR zu bewahren und auch für künftige Generationen erlebbar zu machen, überzeugen.

Der anschließende Gedankenaustausch umfasste die Pläne der Genossenschaft, den Einsatz der Helfer in Staucha und auch die täglichen Schwierigkeiten. Es wurde auch sichtbar, dass ohne eine weitere hohe Spendenbereitschaft solidarisch interessierter Bürger das Wirken der Bibliothek „... wider das Vergessen“ und dem Erhalt des in der DDR entstandenen Schriftgutes schwer möglich sein wird. Wir berichteten über ISOR und unserem gemeinsamen politischen Kampf im Ostdeutschen Kuratorium der Vereine und Verbände. Peter Sodann und Bernd Pawłowski und ihre Mitstreiter wünschen sich viele Gäste und auch weiterhin freiwillige Helfer.

Bücher, insbesondere Fachbücher und Sachbücher, Kinderbücher und Schulbücher die in der Zeit von 1945 bis 1990 auf dem Gebiet der SBZ/DDR erschienen sind, können jederzeit abgegeben werden.

Näheres finden Interessierte unter:

Peter-Sodann-Bibliothek eG

„... wider das Vergessen“

Thomas-Müntzer-Platz 8, 01594 Staucha

Telefon: 035268/949574

www.psb-staucha.de Email:

info@peter-sodann-genossenschaft.de

Anfragen Dienstag bis Freitag 8 bis 14 Uhr

Tel.: 035 268 - 949 574, oder

per e-mail: psb-staucha@t-online.de

Andreas Bendel, TIG Dresden

*

Aus der Postmappe

Die jüngsten Anstrengungen der EU, Russland mit weiteren Sanktionen zu disziplinieren, haben mich nachdenklich gemacht. Es ist sehr verwirrend zu beobachten, dass in unserer Außenpolitik zumindest verbal erkannt wurde, dass Russland kein Kindergarten ist und gut gepflegte Kontakte von Vorteil für Deutschland sein können. In der realen Politik aber verhalten sich Deutschland, die EU und die USA allerdings so, als sei Russland ein Kindergarten und die ungezogenen Kinder bedürfen ständig einer strengen Erziehung auf der Grundlage der al-

lein seligmachenden westlichen Werte. Unser Außenminister geht dort mit vorauselendem Gehorsam dynamisch voran. Hält er sich etwa für den Erziehungsberechtigten Russlands? Natürlich immer nur die Erlaubnis der USA voraussetzend. Werden solch Fehleinschätzung möglicherweise dadurch begünstigt, dass Deutschland schon wieder Panzer und Soldaten nahe der russischen Grenze stationier hat? (...)

Sanktionspolitik führt immer auch zur Schädigung und internationaler Isolation der eigenen Wirtschaft. Solange die US-Wirtschaft dadurch gestützt wird, sagt das natürlich keiner unserem Außenminister. Noch ein anderer Gedanke macht mir Sorgen. Der sogenannte

Westen missbilligt das Verhalten von souveränen Staaten, die nicht bereit sind, sich dem westlichen „Wertesystem“ zu unterwerfen. Um diese Staaten von ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen abzubringen, wird mit gezielten Maßnahmen auch gegen Einzelpersonen dieser Staaten vorgegangen. Dazu werden haarsträubende Behauptungen aufgestellt.

Diese friedensgefährdenden und völkerrechtswidrigen Maßnahmen werden dann Sanktionen genannt.

Nun ist zu beobachten, dass der innere Frieden in unserem Land nicht immer ganz so friedlich ist. Gegner unserer Demokratie, wie rechtsradikale Gruppierungen, Reichsbürger,

Neofaschisten usw. zeigen immer deutlicher ihre Abneigung und lassen einen deutlichen Rechtsruck erkennen. Sie begnügen sich schon lange nicht mehr mit friedlichen Demonstrationen. Ähnlich wie bei dem Wundermittel der außenpolitischen Sanktionen richten auch sie sich oft gezielt gegen Einzelpersonen. Bedrohungen zielen vereinzelt bis in die Familien der angegriffenen Personen. Sie sollen einfach an ihrem politischen Wirken gehindert werden. Zumeist sind solche Handlungsweisen kriminell und können strafrechtlich verfolgt werden. Schön, dass es diese Möglichkeit gibt. Vielleicht sehe ich es ja falsch, aber ich habe immer wieder Gedanken, die Parallelen zwischen außenpolitischen Sanktionsritualen und den Straftatbeständen, die den inneren Frieden in unserem Land gefährden, herstellen.

Ich frage mich dann, wer lernt hier eigentlich von wem?

Jürgen Barz, Wismar

*

Lieber Genosse Kroschel,

die Größe eines Menschen zeigt sich u.a. auch darin, Fehler oder Unzulänglichkeiten einzusehen, offen einzugehen und angemessen darauf zu reagieren - und das hast Du in der aktuellen ISOR-Ausgabe getan („Auch das noch“, S. 6). Dafür meinen Dank und meine Hochachtung! Beides vor allem auch deshalb, weil Dein/Euer moralisches Niveau weit über dem des „Merkel-Politbüros“, seiner Vasallen und Knechte liegt, welches, trotz schlimmster Schädigungen einer kompletten Volkswirtschaft sowie eines ganzen Volkes, offenbar weder gewillt noch fähig ist, in gleicher oder ähnlicher Weise zu handeln. Mit besten Grüßen

V. May

*

Zur März-Ausgabe, Seite 1

Da werden Erinnerungen wach: Spontan denke ich an einen Einsatz zum Projekt „Max braucht Wasser“, an dem ich an einem Samstag in Unterwellenborn, damals Kreis Saalfeld, mit meiner FDJ-Gruppe der Werkzeugfabrik Königsee/Thür. beteiligt war. Später erlebte ich als politischer Mitarbeiter des FDJ-Kreisvorstandes Rudolstadt, wie sich das Leben der Jugend immer mehr zugunsten der FDJ gestaltete. Höhepunkt war für mich die Teilnahme an den 3. Weltfestspielen 1951 in Berlin. Dann der Alltag in der Jugendarbeit: Organisation von Versammlungen und für das „Abzeichen für Gutes Wissen“, die umfangreichen Kulturveranstaltungen, u.a. die Kirmes in den Gemeinden. Dass die FDJ ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens war, wird u.a. daran deutlich, dass z.B. die „Neue Osnabrücker Zeitung“ am 10.3.21 unter der Rubrik „Historisches“ mit einem Foto des FDJ-Emblems darauf hinwies, dass vor 75 Jahren durch Erich Honecker die FDJ gegründet wurde.

Ich erlebte auch Nachdenkliches: Die Konzentration der FDJ-Arbeit auf die Betriebe brachte es mit sich, dass die Arbeit in den Gemeinden vernachlässigt wurde. Dazu kam damals die zwar notwendige Gewinnung von jungen Menschen für die KVP und später der NVA. Die ständig mit den jungen Menschen geführten Werbegespräche, z.T. mit Parteiveteranen, erzeugte nicht nur Zustimmung. Für mich, zwischenzeitlich Angehöriger der DVP, der als FDJ-Sekretär im VPKA Rudolstadt an den wöchentlichen Lagebesprechungen teilnahm, war es bitter zu erleben, wie sich die Flüchtlingswelle, darunter viele junge Menschen, die doch die Erziehung als Pioniere und später in der FDJ zu unserem System genossen hatten, dann gen

Westen flüchteten. Dann später die Massenflüchten über Ungarn und die westdeutschen Botschaften, besonders in Prag. (...)

Für die meisten „Flüchtlinge“ war es jedoch gang und gebe, die vielfältigen Ausbildung- und Studienmöglichkeiten zu nutzen, um sie dann dem kapitalistischen System zur Verfügung zu stellen. Verabscheungswürdig.

In dem Zusammenhang finde ich es wert, zu dem im Gruß zitiertem Satz zur NVA in den Umbruchsjahren Stellung zu nehmen: „Wie die anderen bewaffneten Organe richtete sie ihre Waffen nicht gegen jene Bürger, die damals die Freiheit von kapitalistischer Ausbeutung und die soziale Sicherheit in der DDR gegen schicke West-Autos, Bananen und Reisen nach Mallorca tauschten“. Hier zeigt sich doch deutlich, dass die gut gemeinte Sozialpolitik nicht angenommen wird, wenn sie nicht durch solide materielle Grundlagen ersetzt ist. Das war das größte Manko in der Politik der DDR: (...)

Dann die Freudentänze, als die DM eingeführt wurde. Sofort danach keine Mangelwirtschaft mehr. Das alles muss einmal erwähnt werden.

Siegfried Mikut Georgsmarienhütte

*

Liebe Freunde, es war mir ein großes Vergnügen, wie die Chinesen die USA mit ihrer Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten zurückgewiesen haben.

Ganz anders als die deutschen Politiker, die sich feige wegducken und kuschen, wenn Biden die Peitsche schwingt.

Steckt er auch dahinter, dass der Sputnik-Impfstoff in Europa noch nicht zugelassen wird?

Kroemke, Möser

*

Im Wörterbuch geblättert: „SPUTNIK“ (russ.) = Gefährte, Begleiter. Geht doch!

BRD – eine korrupte Lobbyrepublik?

Eigentlich ja:

Gern zeigen deutsche Politiker mit erhobenem Zeigefinger auf andere Länder. Gilt es doch, dort Korruption und Lobbyismus anzuprangern.

In der BRD ist es etwas anders. Wir erinnern uns, der Abgeordnete Phillip Amthor (CDU), hat 2020 mit seiner Lobbyaffäre kurzzeitig für Schlagzeilen gesorgt. Geschadet hat es ihm nicht. Kürzlich wurde er von der Nordost-CDU zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2021 bestimmt.

Der Unions-Fraktionsvize Georg Nüßlein (CSU) und der Abgeordnete Nikolas Löbel (CDU) hatten erkannt, dass man sich in einer Pandemie bei der Vermittlung von Schutzmasken trefflich bereichern kann. Viele Unternehmen kämpfen in dieser Zeit um ihre wirtschaftliche Existenz, die Herren aber sacken mal eben mehrere Hunderttausend Euro ein. Mehr Unmoral geht nicht.

Nun haben sich Union und SPD wohl über ein Lobbyregister in wesentlichen Punkten geeinigt. Lobbycontrol mahnt so ein Register seit 15 Jahren an. Wahrscheinlich wird es das aber nie geben. Kanzlerin Merkel hatte nach der Finanzkrise auch eine Finanztransaktionssteuer angekündigt. Bis heute gibt es diese Steuer nicht, Etwa dank der Lobbyisten?

Wilfried Steinfath

*

Eigentlich nein:

Also hier übertreibt unser Redakteur aber! Das geht schon in der Überschrift los: „korrupte“ Lobbyrepublik. Stimmt nicht. Es ist einfach eine „normale“ Lobbyrepublik, der die Korruption so innewohnt, wie die Lore der Ley. Außerdem bitte: Die aktiven Bundestagsakteure der C-Parteien haben alle unterschrieben, dass sie sich nicht an den C-Masken bereichert haben. Nix Korruption weit und breit. So geht Recht.

Und dann der junge Phillip: Man hat ihn vollständig meschugge gemacht. Erst die US-Connection weggenommen und dann soll er zur Strafe noch zum Großen Vorsitzenden aller Nordlichter werden. Dabei ist sein Weg zu dem Punkt, an dem die Veteranen Nüßlein und Löbel ihr Handtuch in die Pensionsberechtigungskasse geworfen haben, noch „ein Stück weit“ weit, zumal er nun kraft seiner Unbeflecktheits-Unterschrift mit steinigen Tugenden ausgelegt ist (der Weg). Da hat er bestimmt das Mitgefühl von Herrn Laschet jr., dem gescheiterten Masken-Moden-Manager.

Schade, dass mein Kollege Steinfath meint, „mehr Unmoral geht nicht“. Warum so pessimistisch? Jede Wette dagegen!

Und Lobbycontrol mit seinen nervigen Mahnungen? Merken die denn nicht, dass alles seine Zeit braucht und nur stufenweise zu machen ist. Natürlich wird es mal so ein Register geben. Das ist genauso sicher wie die stufenweise Einführung des Rechtsverkehrs in Britannien: Mit den LKW soll's losgehen.

Vorher aber werden die Einschätzungen verschiedener Impfstoffe immer besser. Und alles ohne Lobby, Herr Kollege, bittschön. Das werfen wir in die nicht vorhandene Lobby der Redaktion als **Zwischenruf!**

w.k.

Bei anderen gelesen

Am Freitag übergab »Stasi«-Unterlagenchef Roland Jahn, der im Juni nach zehn Jahren Amtszeit aufhört, den 15. Bericht seiner Behörde an Bundespräsident Wolfgang Schäuble. Bei der anschließenden Pressekonferenz herrschte gähnende Leere, der Sender Phoenix drehte die Direktübertragung nach 20 Minuten ab: Keiner will's wissen. Was waren das für Superspreader-Zeiten, als Seuchenprediger Joachim Gauck das »Stasi«-Virus noch überall im Osten aufspürte. Dabei war der Zweck der Anstalt schon immer derselbe: politische Asepsis, Freiheit vom sozialistischen Keim. Bei Amtsantritt Jahns 2011 hatte die *Süddeutsche Zeitung* etwas gewunden formuliert: »Die Schärfe der Beurteilung von Stasi-Kontakten wächst im Quadrat des Zeitabstands zur DDR.« Da hatte der Bundestag gerade beschlossen, die »Stasi«-Überprüfungen bis 2019 zu verlängern – gewissermaßen die Grundlage für Jahns Dotierung mit Staatssekretärsgehalt. Er verlangte außerdem, die 47

Mitarbeiter, die vom Ministerium für Staatssicherheit übernommen worden waren, zu entfernen. Als erstes jemand wegen Herkunft rauszuschmeißen, ist keine AfD-Spezialität. Selbst im *Tagesspiegel* war von »Bürgerrechthabereik die Rede. Totschlag verjähre nach 20 Jahren, »Stasi«-Mitarbeit »offenbar nie«.

Richtig, Dank sei Jahn. 2019 verlängerten alle, die im Bundestag bisher auch für Krieg gestimmt hatten, das Gesetz bis zum 31. Dezember 2030. Ende nicht absehbar. Jahn meldete zudem am Freitag: »Aus eins mach zwei.« Seine Behörde wird jobsicher vom Bundesarchiv übernommen, und obendrein wird es einen »Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur« geben. Einst speiste einer mit zwei Broten 5.000 Leute, Jahn kennt Parkinson: »Arbeit dehnt sich in genau dem Maß aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht.« Und für Reinheitsgebote gibt es keine Grenzen. Deutschnationale Tradition.

Arnold Schölzel,
jW 20./21 März 2021

*

Auch das noch

Selbst die Militärministerin lockte es aus den Daunen: Bei der durch die 2. Kompanie schon rechts-mäßig geschwächten Spezialeinheit ergab eine anonyme Sammelaktion, die durch das Aufstellen von „Opferstöcken“ in sakralen Gebäuden erinnert, ein verblüffendes Ergebnis. Die „reuigen Sünder“ legten mehr Munition in die Kollekte, als die durch Schlampigkeit verursachte Nachweisführung (falls es sie gab, das ist nicht böse gemeint) überhaupt zu vermissen vorgab. Nun lassen sich zehntausende Schuss Infanteriemunition gut in Kisten und Kartons sammeln. Bei Handfeuerwaffen mag es auch noch gehen. Wenn aber demnächst zur freiwilligen und straflosen Rückgabe von Artillerie- und Raketengeschossen aufgerufen wird, müssten Hallen und Hangars frei geräumt werden. In Büchel?

Auch das noch: Mit Blick auf die nicht einfachen und unübersichtlichen Monate der Jahre 1989/90 erklärte der letzte fachkundige Verteidigungsminister der DDR, Admiral Theodor Hoffmann: „Dank des verantwortungsbewussten Dienstes des Personalbestandes von Waffenlagern, der Verwalter von Waffenkammern, der Hauptfeldwebel und Kompaniechefs, der Kommandeure aller Stufen wurde gewährleistet, dass weder Waffen noch Munition verloren gingen und in unbefugte Hände gerieten.“

Isor aktuell ergänzt an dieser Stelle, dass auch das Wirken der Militärabwehr und der Kräfte des Zusammenwirkens einen Anteil an dieser Bilanz hat, die nach der herrschenden Ansicht der Regierenden ausgegrenzt und mit Rentenkürzung bestraft werden.

*

w.k.

In Halle werden die Distanzierer nicht alle

Im April vor 60 Jahren öffnete der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin als erster Mensch durch seinen Raumflug das Tor zum Weltall.

Im August 1978 flog Sigmund Jähn mit seinem sowjetischen Genossen Waleri Bykowski als erster Deutscher im Rahmen des Interkosmos-



Programms der sozialistischen Länder ins All. Um diese Tat zu würdigen und ja, den Stolz auf den Bürger ihres Staates zu zeigen, verlieh der Rat der Stadt Halle dem damaligen Planetarium den Namen Sigmund Jähn. Erst jetzt wurde über ihn durch Geschichtsaufbereiter bekannt: Jähn sei Repräsentant des DDR-Regimes gewesen. Offizier der NVA war er auch, und sogar in der SED. Nach der Wende habe er sich weder von der DDR noch der SED distanziert. Aufgrund dieser Forschungsergebnisse lehnte der Stadtrat von Halle mit Mehrheit die Benennung des neuen Planetariums nach Sigmund Jähn ab, zumal das alte Planetarium schon seinen Namen trug.

Und es war bereits 2016 ein guter Gedanke, das nach Johann Gottfried Herder (dessen Distanzierungsverhalten wird noch erforscht) benannte Gymnasium umzubennen. Schließlich hatte eine Unrechtsregierung nach diesem Humanisten eine Medaille gestiftet, die für die Förderung der Völkerverständigung und für ausgezeichnete Russisch-Kenntnisse verliehen wurde. Auch an christliche FDJ-Funktionärinnen und nachmalige Chef in einer Rechtlichen Regierung. Gern gehört war in diesem Zusammenhang eine nachholende Distanzierung der Trägerin mit der Verleiherin der Medaille, obwohl sie weiland z.B. das Privileg eines Sonderstudiums im Ausland (rate jemand, wo) beförderte.

Da drängte sich förmlich ein neuer Patron für das Gymnasium auf:

Und der Glücksbringer war Hans Dietrich Genscher, ein gebürtiger Hallenser und Distanzierer und dazu noch Mitglied der NSDAP seit seinem 17. Lebensjahr. Letzteres geriet lange Zeit in Vergessenheit, weil es in den USA gehörenden Archivbunkern des *Berlin Document Centers* herumlag, in denen natürlich nicht so eine preußische Rechtsordnung herrscht wie bei Gaucks im Schrank.

Blüh' im Glanze dieses Glücks.

Steinfath/Kroschel

Lesenswert

Hans Modrow: Brückenbauer Als sich Deutsche und Chinesen nahe kamen.

Eine persönliche Rückschau
234 Seiten, illustriert, broschiert, ISBN 978-3-947094-87-5; verlag@edition-ost.berlin 15 Euro
Zu bestellen in jeder Buchhandlung oder über den Verlag

Im Oktober 1949 konstituierte sich in Europa die DDR und in Asien die Volksrepublik China. Die DDR ging nach 41 Jahren unter, China ist inzwischen die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Zum ersten Mal besuchte Hans Modrow 1959 die Volksrepublik, seitdem war er immer wieder dort. Stets in politischer Mission und in unterschiedlichen Funktionen: als Abgeordneter der Volkskammer, des Bundestages, als Vorsitzender des Ältestenrates der PDS und der Partei Die Linke. Im Lichte persönlicher Erfahrungen reflektiert er in diesem Buch die Beziehungen zwischen beiden Völkern, wie sie sich entwickelten und warum sie in ökonomischer und ökologischer Hinsicht so wichtig und so intensiv sind.

Die Volksrepublik China beging 2019 ihren 70. Geburtstag, die DDR war da bereits seit fast dreißig Jahren Geschichte. Der Sozialismus chinesischer Prägung erwies sich nicht nur lebensfähiger als das sowjetische Sozialismus-Modell. Dank seiner Innovationskraft sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht, aber auch wegen einer selbstbewussten und klaren Führung behauptet sich das Land auf der Weltbühne. Im Unterschied zu anderen Staaten geht es Peking, wie Modrow bei seinen vielen Kontakten feststellte, nicht um Hegemonie über andere Staaten, sondern um Harmonie. Modrow berichtet unter

anderem, welche Rolle Deutschland und die DDR dabei spielten. Ein exklusiver Politik- und Geschichtsexkurs.

Dr. Peter Kroh Bunte Steinchen für das Leben nach COVID-19

Taschenbuch, Bezug über Amazon, Preis 7,14 Euro.

Kroh hat mit seinem am 7. Oktober 2020 erschienen Buch „Bunte Steinchen“ schon zu Beginn der Corona-Pandemie eine interessante gesellschaftskritische Zusammenstellung unterschiedlicher Aspekte, die mit der Pandemie sichtbar werden, herausgegeben.

Seine Gedanken, Steinchen genannt, bestätigten sich in beeindruckender und beängstigender Weise im zurückliegenden Halbjahr. Er stellt Zukunftsfragen und gibt dazu auch aus seinem umfangreichem Wissen Antworten. Die Fragen die sich durch Corona ergeben, werden tiefgründig und zum Denken anregend behandelt.

Das provozierte Nachdenken und die Vielfalt der gedanklichen Anregungen sind anstrengend und nicht lesbar wie ein Dreigroschenroman.

Ich erachte das Buch für ausgezeichnet und sehr gut geeignet, den Autor bei der OKV-Protestveranstaltung am 3.10.2021 zu Wort kommen zu lassen.

J. Bonatz

Ingeborg Rapoport Meine ersten drei Leben

528 Seiten, 14,5 x 21 cm, brosch., Preis 24 Euro
erscheint 22. März 2021 als Neuauflage
ISBN 978-3-355-01904-0
Verlag Neues Leben

Prof. Dr. Ingeborg Syllm-Rapoport (geboren 1912 in Kamerun, gestorben 2017 in Berlin), international anerkannte Kinderärztin und Professorin für Pädiatrie, musste 1938 als so genannte »Halbjüdin« Deutschland verlassen. 1937 verweigerte man ihr die Verteidigung ihrer Dissertation und damit den Doktorgrad. Sie emigrierte in die USA, wo sie nach einigen Schwierigkeiten beruflich Fuß fassen konnte und ihren späteren Mann Samuel Mitja Rapoport kennenlernte, der damals bereits Biochemiker von Weltrang war. Als Kommunisten während der McCarthy-Ära Verfolgung und Repression ausgesetzt, flohen die Rapoports über Österreich in die DDR.

An der Berliner Charité prägte Ingeborg Rapoport ab 1959 die Entwicklung der Kindermedizin maßgeblich mit. Seit 1964 Professorin für Pädiatrie an der Humboldt-Universität zu Berlin, hatte sie ab 1969 den ersten europäischen Lehrstuhl für Neonatologie inne. 2015, im Alter von 102 Jahren, erhielt sie die Anerkennung der in Nazi-Deutschland verweigerten Promotion.

ELBE TAG

 TORGAU 1945-2021 ★ 76. JAHRESTAG DER BEGEGNUNG
80. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS NAZIDEUTSCHLANDS AUF DIE SOWJETUNION



FRIEDEN MIT RUSSLAND UND CHINA!
RAUS AUS DER NATO!

ABRÜSTEN
STATT AUFRÜSTEN!

DKP

DEMOCRATIC COMMUNIST PARTY OF GERMANY (DKP)
SDAJ
Marxistisches Forum
DFG-VK
RFB e.V.
KAZ
RotFokus aufstehen
Friedenglockengesellschaft Berlin e.V.
Oder-Neiße-Friedensgrenze

DEMONSTRATION AM 24. APRIL 2021
12:00 Uhr am Brückenkopf / Ostufer – Elbbrücke – Torgau Markt – Denkmal der Begegnung

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 31.03.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.04.2021

Einstellung im Internet: 07.05.2021

Auslieferung: 12.05.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317;

Fax: (030) 29784320;

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16